



Schäuble



Bayerische Landesbank in München

LANDESBANKEN

Schlechtes Zeugnis aus Brüssel

Trotz milliardenschwerer Eigenkapitalhilfen und Garantien des Bundes und der Länder hat die EU-Kommission weiterhin kein Vertrauen in die Überlebensfähigkeit von WestLB, BayernLB und HSH Nordbank. „Für die Kommission ist es unabdingbar, Gewissheit darüber zu erlangen, dass die geretteten Institute tatsächlich nachhaltig lebensfähig sind und keine ständige Bedrohung für die Finanzmarktstabilität darstellen“, heißt es in einem Schreiben der Brüsseler Wettbewerbshüter an Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen. Die Generaldirektion Wettbewerb prüft derzeit, ob die Finanzhilfen an die drei Landesbanken mit Europarecht vereinbar sind. Die Brüsseler Wettbewerbshüter stellen allen drei Banken ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Die jüngs-

ten Halbjahresergebnisse seien enttäuschend. „Gerade angesichts der derzeit guten Rahmenbedingungen vermögen die Zahlen in allen drei Fällen insgesamt nicht zu überzeugen“, schreiben die Eurokraten. „Eine nachhaltige Steigerung der Erträge im Kreditgeschäft können wir in keinem Fall erkennen.“ Insbesondere bei der WestLB sehen die Beamten „derzeit im Hinblick auf einen möglichen Verkauf wenig Anlass zu besonderem Optimismus“. Dem Wunsch des Bundes und der Länder, die Prüfungsverfahren zu lockern, könne man daher nicht entsprechen, heißt es. „Die Kommission kann auf eine weitere Prüfung, ob die vorgelegten Restrukturierungspläne geeignet sind, die Lebensfähigkeit wiederherzustellen, nicht verzichten.“ Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat die Finanzminister der Bundesländer mit Landesbanken sowie Vertreter der Sparkassenverbände für Dienstag dieser Woche geladen, um über die Zukunft der Institute zu beraten. „Die Kriterien sind: betriebswirtschaftlich vernünftige Konzepte, die ferner den EU-Auflagen entsprechen, politisch von den Ministerpräsidenten und den Sparkassen akzeptiert werden und den Steuerzahler maximal schonen“, sagt Schäuble.

INNERE SICHERHEIT

FDP lehnt de Maizières Gesetzespläne ab

In der Berliner Regierungskoalition bahnt sich eine scharfe Konfrontation in Fragen der Inneren Sicherheit an. Ein Papier der FDP-Fraktion, das diese Woche ihren Bundestagsabgeordneten zugehen soll, positioniert sich in allen wesentlichen Punkten gegen die Pläne von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). So lehnt der Entwurf der Liberalen jede Ausweitung von Online-Durchsuchungen kategorisch ab und bezeichnet das Abhören verschlüsselter Internettelefonate



De Maizière, Polizeibeamte

(„Quellen-Telekommunikationsüberwachung“) durch den Verfassungsschutz als unverhältnismäßig. Auch zu

den Streitthemen Vorratsdatenspeicherung und Netzsperrern scheinen die Positionen der Koalitionspartner unversöhnlich. Die Union will ihr konservatives Profil stärken und hat offenbar das Innenressort mit dem Schwerpunkt Terrorabwehr als dafür taugliches Feld ausgemacht. Die FDP wiederum setzt verstärkt auf die Verteidigung der Bürgerrechte. Die innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Gisela Piltz sieht für neue Anti-Terror-Maßnahmen „keine fachliche Notwendigkeit“. Der Bundesinnenminister müsse sich darum kümmern, Vollzugsdefizite zu beseitigen. „Wer seine Hausaufgaben macht, muss nicht ständig neue Gesetze fordern“, so die FDP-Abgeordnete.